

Gliederung des ganzen Beratungskomplexes handelte. Das Resultat des ersten Verhandlungstages wird an unterrichteter Stelle als außerordentlich befriedigend für beide Teile bezeichnet.

## Wird Frankreich dazu fähig sein?

Unter der Überschrift „A Berlin“ beschäftigt sich die dem Reichskanzler politisch nahestehende „Germania“ mit dem Berliner Besuch Cavalls und Briands. Das Blatt bezeichnet ihn als

eine „mögliche Etappe“ auf dem Wege zur Verständigung.

Weiter heißt es: Frankreich weiß genau, daß es von Deutschland die politischen Konzeptionen nicht erhalten kann und Deutschland weiß, daß die französischen Minister auf die Mentalität ihres Volkes Rücksicht nehmen müssen, und deshalb werden beide Teile darauf verzichten, sich selber Illusionen hinzugeben und Illusionen zu erwecken. Ueber eins dürfen sich die verantwortlichen Staatsmänner gar keinem Zweifel und gar keiner Täuschung hingeben, daß, wenn die Annäherung eines gesünderen und besseren Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich mit einem Rückschlag endete,

der darauffolgende vollkommene Zusammenbruch des Vertrauens in die Befriedung der europäischen Verhältnisse auch den vollkommenen Zusammenbruch des alten Europas nach sich ziehen muß.

Frankreich nimmt seinen Weg nach Berlin auf dem Höhepunkt der Macht. Heute gibt es für Frankreich nur ein Hindernis, seine Hegemonie voll auszunutzen: Vernunft und Einsicht, und die französische Politik hat die Möglichkeit, zu zeigen, ob sie fähig ist, diese Begriffe in ihre Rechnung einzustellen.

## Paris ist zufrieden

Die gesamte Pariser Presse steht im Zeichen der Berliner Reise Cavalls und Briands. Von der Ankunft des Zuges in Nachen bis zu seinem Eintreffen in Berlin finden die Blätter nur Worte der Anerkennung für die Haltung der deutschen Delegation, die als ehrerbietig und achtungsvoll bezeichnet wird. Die Begrüßung in Berlin wird als enthusiastisch beschrieben.

Die nationalitische „Liberte“ erklärt, daß der freundschaftliche Ton, in dem Brüning die französischen Minister begrüßt habe, weit über die banale diplomatische Höflichkeit hinausgegangen sei. „Paris Midi“ leitet seinen Bericht ein: „Unter den Hochrufen der Menge erreichten die Minister ihr Hotel.“ Der sozialistische „Soir“ schreibt, die Tatsache, daß sich Briand an das Grab Stresemanns begeben habe, gebe dieser Pilgerfahrt erst die ganze Bedeutung und beweise außerdem, daß die Briand-Stresemannsche Politik in einem der schwierigsten Augenblicke triumphiere. Das ultranationalistische Coty-Blatt „Ami du Peuple“ deutet die Hochrufe der Berliner Bevölkerung dahin, daß sie von den Mitgliedern des republikanischen Reichsbanners herrührten, die für den Empfang der Minister extra herangezogen worden seien.

## Aufhebung des Goldstandards in Skandinavien

Wie aus Stockholm berichtet wird, ist das Kabinett am Sonntag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um sich über die Aufhebung der Goldbindung der schwedischen Noten schlüssig zu werden. Die schwedische Reichsbank hat den Diskont von 6 auf 8 v. H. heraufgesetzt.

Gleichzeitig liegt eine Meldung aus Oslo vor, nach der dort die Goldbindung bereits suspendiert worden ist und der Diskont ebenfalls von 6 auf 8 v. H. erhöht wurde.

Für Dänemark erwartet man heute eine gleiche Maßnahme, da für diesen Tag in Kopenhagen eine Kabinettsitzung angesetzt ist.

## Schlimme Folgen des Pfundkurzes für die deutsche Industrie

Von der Krise der englischen Währung wird auch die deutsche Industrie, soweit sie an den deutschen Lieferungen für die Sowjetregierung beteiligt ist, erheblich betroffen. Die deutschen Lieferungen werden in der Hauptsache durch russische, auf London ausgestellte Wechsel bezahlt. Für Oktober schätzt man den Gesamtbeitrag dieser Wechsel auf etwa 25 Millionen Pfund, die zur Zeit des Abschusses einen Wert von mehr als 500 Millionen Mark darstellten, während sie inzwischen durch den Sturz des Pfundes nur noch etwa 300 Millionen Mark ausmachen. Es handelt sich also um einen Verlust von mehr als 100 Millionen Mark, den die deutsche Industrie erleidet. In den beteiligten Kreisen erwägt man

# Wie hat Hamburg gewählt?

## Die Sozi verloren 14, die Nazi gewannen 40 Sitze

Um 1 Uhr nachts kam das vorläufige amtliche Ergebnis der Hamburger Bürgerstimmwahlen vor. Es lautet:

	a)	b)	c)	d)	e)
Sozialdemokraten	214 509	216 685	48	60	240 084
Kommunisten	108 815	114 267	85	27	185 379
Deutschnationale	48 269	91 048	9	22	81 376
Staatspartei	67 088	87 553	14	21	64 129
Deutsche Volkspartei	36 920	85 507	7	20	69 145
Wirtschaftspartei	11 878	20 186	2	4	16 910
Nationalsozialisten	202 465	14 760	48	8	144 084
Zentrum	10 794	9 482	—	2	10 980
Volkrechtspartei	1 156	3 609	—	1	1 956
Antikapitalisten	1 937	—	—	—	—
Christl.-soz. Volksdienst	10 874	—	—	—	11 968

Anmerkung: Es bedeuten die Ziffern unter a) Das heutige Wahlergebnis; b) Vergleichszahl: Bürgerstimmwahl am 19. Februar 1928; c) Die gestern erreichten Mandate; d) Die bisherigen Mandate; e) Vergleichszahl: Reichstagswahl am 14. Dezember 1930.

Der gestrige Wahltag in Hamburg ist, soweit bis jetzt bekannt, im großen und ganzen ruhig verlaufen. Das Straßenbild unterschied sich im allgemeinen kaum von dem anderer Sonntage. Nur in den Arbeitervierteln der Vororte Farmsbek, Rotenburgsdorf, Hammerbrook und St. Pauli war das Straßenbild dadurch lebhafter, daß ganze Straßenzüge mit roten Transparenten und mit schwarzroten Fahnen und roten Fahnen geschmückt waren. Die Wahlbeteiligung wird auf 85 v. H. geschätzt.

Im hamburgischen Staatsgebiet, das einschließlich Landgebiet in 746 Wahlbezirke eingeteilt ist, sind insgesamt 867 000 Wahlberechtigte eingetragen.

## Dringliche innen- und außenpolitische Aufgaben

### Parteitag der Deutschen Staatspartei

Auf dem in Berlin abgehaltenen Reichsparteitag der Deutschen Staatspartei sprach gestern der Vorsitzende der Reichstagsfraktion und stellvertretende Parteiführer Dr. Weber über die gegenwartsaufgaben der Staatspartei. In der Außenpolitik könnten die nächsten deutschen Aufgaben — nämlich Wiederherstellung der deutschen Kredit, Verringerung der Wirtschaftskrise und Bewältigung des Reparationsproblems nur im Einvernehmen mit Frankreich gelöst werden. Die Zusammenarbeit mit Frankreich sei jetzt um so notwendiger, als die Entwertung des englischen Pfundes die deutsche Politik vor neue ungeheure Schwierigkeiten stelle. Jede Entwertung der deutschen Währung würde unsere Schuldenlast nur noch schwerer tragbar machen.

Die Staatspartei sei nach wie vor bereit, sich hinter die Regierung Brüning zu stellen.

Hierauf sprach der Parteivorstand, Reichsfinanzminister Dietrich über das Thema: „Deutsche Staatspartei und deutsche Gesundung“. Er führte u. a. aus, es sei kein Unglück, wenn ein Volk nach einer großen Katastrophe seine Wirtschaft mit fremdem Gelde wieder in Ordnung bringe. Aber ein großer Fehler sei es gewesen, daß ein großer Teil dieser Kredite auf kurzfristige Anleihen genommen wurde. Man müsse anerkennen, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch des gesamten deutschen Bankwesens verhindert habe.

Die Frage des englischen Pfundes sei jetzt das Kernproblem der Erwägungen der Reichsregierung geworden.

Der Redner wandte sich dann der Frage der Reichsreform zu. Man nähere sich dem Zeitpunkt, in dem die Lösung dieses Problems sich nicht weiter hinausschieben lasse. Die Erhaltung der Wirtschaft sei Voraussetzung.

Dietrich legte sich dann mit aller Energie gegen den Vorwurf zur Wehr, daß die Regierung die Belange des deutschen Volkes außenpolitisch nicht genügend wahrnehme. Man dürfe nicht glauben, ein Systemwechsel würde die Lage Deutschlands ändern. Der Minister wandte sich dann der Frage der internationalen Schulden zu. Durch den Sturz des englischen Pfundes werde die deutsche Wirtschaft

an dem wunden Punkt getroffen, nämlich an ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Der Minister brückte die Ueberzeugung aus, daß das Pfund wieder seinen alten Stand erreichen müsse und erreichen werde. Er betonte vor allem, wir dürften keine Politik treiben, die irgendwie nach Inflation aussehe. Auf der

(wie das auch in der Tschechischen Seidenindustrie der Fall ist) Möglichkeiten, die Sowjetregierung repressiv zu machen. Die deutschen Lieferungen an Russland sind gerade im Hinblick auf die angenehme Festigkeit der englischen Währung in Pfunden fakturiert worden, so daß es jetzt gegen Treu und Glauben verstoßen würde, wenn die Sowjetregierung aus dem Pfundsturz sich in ungerechtfertigter Weise bereichern wollte.

### Goldflut in der Schweiz

Der Ausweis der Schweizerischen Nationalbank vom 28. September verzeichnet einen Goldbestand von 1303,4 Millionen Schweizer Franken, d. h. 148,4 Millionen Schweizer Franken mehr als im letzten Ausweis. Die Goldbestände belaufen sich auf 478,2 Millionen Schweizer Franken, was einer Verminderung um 88,4 Millionen Schweizer Franken gleichkommt. Bei den Goldbeständen handelt es sich um Dollar und französische Franken. Der Goldbestand ist bereits nahezu so groß wie der gesamte Notenumlauf.

anderen Seite dürften wir auch die Deflation nicht künstlich forcieren.

Ein großes Volk ertrage nach einem verlorenen Kriege und einer ersten Inflation eine zweite Inflation unter keinen Umständen.

Von zwei großen Problemen werde die Gegenwart beherrscht: Von der Frage des Wirtschaftssystems und von der Frage der Behauptung der deutschen Republik. Zum Schluß erklärte der Minister, die Staatspartei habe zwei große Ziele: Die Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Sicherung der Erhaltung der selbständig wirtschaftenden Elemente und die Verteidigung der deutschen Republik und des deutschen Reiches.

## In Entschließungen festgelegte Forderungen

Auf dem Reichsparteitag wurde u. a. ein Antrag zur Kulturpolitik angenommen, wonach die Partei erste Bedenken gegen den Umfang und die Form des Schulbaues erhebt, ohne sich der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen auch auf dem Gebiete der Schule zu verschließen.

In einem anderen Antrag heißt es, die Notverordnungen des Reiches werden von verschiedenen Ländern und Gemeinden zu reaktionären Versuchen benutzt, die Frau in ihrer beruflichen Stellung und der finanziellen Bewertung ihrer Arbeit herabzudrücken. Die Parteifreunde im Lande werden gebeten, sich überall nach Möglichkeit solchen Mißbräuchen des gegenwärtigen Notverordnungsrechtes mit allen Kräften zu widersetzen.

Angenommen wurde auch ein Antrag der Wahlkreise Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West, Köln-Nachen und Koblenz-Trier-Birkenfeld, wonach der Gedanke der Diktatur oder einer anderen despotischen Führung der Staatsgeschäfte auf das entschiedenste abgelehnt wird. Das deutsche Volk müsse zeigen, daß es die nach Lage der Sache erforderlichen Opfer freiwillig zu bringen versteht und sich nicht weiter diese Opfer zwangsweise auferlegen läßt.

Zur Beamtenpolitik wurde folgender Antrag angenommen: „Die Reichstagsfraktion der Staatspartei ist zu beauftragen, bei der Reichsregierung sich energisch für die volle Wiederherstellung der Kinderzulagen einzusetzen“.

Ebenso wurde der Antrag einstimmig angenommen: Die Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Staatspartei.

Als erster Stellvertreter des Parteiführers wurde Abgeordneter Dr. Weber bestätigt, als zweiter und dritter Stellvertreter wurden Reichs- und Staatskommissar A. D. Rönneburg und Frau Dr. Lüders gewählt.

## Das englische Pfund wird in der Türkei entthront

Infolge der Erschütterung des englischen Pfundes haben die türkischen Börsen den französischen Frank an Stelle des Sterlings zur Grundlage der Devisennotierungen gemacht. Die Mark behauptete noch ihren Stand, das Pfund wird nicht notiert, auch der Dollar hat etwas nachgelassen.

## Wahlenthaltung der Oppositionsparteien in Jugoslawien

Nach langen und reiflichen Erwägungen, ob die zum heutigen Regime in Jugoslawien in Opposition stehenden politischen Lager sich an den für den 8. November ausgeschriebenen Wahlen beteiligen sollten, ist man zu dem Entschluß gekommen, daß der heutige Kurs in Jugoslawien, der nach wie vor restlos diktatorisch ist, nach keiner Richtung hin Neuwahlen gewährleiste, und daß man deshalb gezwungen sei, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen.

## Nicht Reichsbürgerpartei, sondern bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

Gegenüber den Behauptungen eines Berliner Blattes, daß Verhandlungen über die Bildung einer „Reichsbürgerpartei“ im Gange seien, stellt die „Nationalliberale Korrespondenz“ folgendes fest:

Das Kabinett Brüning ist nicht in der Lage, sich auf einen festen parlamentarischen Block weniger großer Parteien zu stützen. Während auf der Rechten die sogenannte nationale Opposition, 150 Mandate stark, die Stellung des Kabinetts bedroht, stehen auf der Linken 149 Sozialdemokraten und 78 Kommunisten. Das Zentrum selbst verfügt nur über 68 Abgeordnete, einschließlich der Bayerischen Volkspartei über 87. Dagegen sind

die Gruppen der Mitte und der gemäßigten Rechten in Stärke von 120 Abgeordneten in nicht weniger als acht Fraktionen verteilt.

Zweifellos haben alle diese Parteien und Fraktionen den gemeinsamen Willen, die politischen Aufgaben der nächsten Monate im positiven Sinne zu beeinflussen, also unter Verzicht auf Sonderziele eine gemeinsame politische Linie herzustellen.

Es läßt sich nur darauf an, diese Gruppen zu einer gemeinsamen und verstärkten parlamentarischen Stoßkraft zu vereinigen.

Solchen Erwägungen sind die Bemühungen einzelner Persönlichkeiten entgegenzusetzen, die eine Zusammenarbeit (nicht Zusammenschluß) der Mitte und der gemäßigten Rechten vorwärts treiben wollen. Es handelt sich nicht um Verhandlungen der Parteien untereinander, sondern um die Bemühungen zahlreicher Abgeordneter, die darauf hinauslaufen, für die genannte Gruppierung eine gewisse Plattform herzustellen. Wie wir hören, haben an diesen Bemühungen bisher Mitglieder der Landvolkpartei, der Wirtschaftspartei, der Staatspartei, der Konservativen und Christlich-Sozialen und auch der Deutschen Volkspartei teilgenommen.

## Reichshilfe für die Gemeinden

Das Reichskabinett hat, wie das B. Z. hört, einem Plane grundsätzlich zugestimmt, für die Gemeinden und Kreise Mittel in Höhe von 170 bis 180 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, um das aus den Wobisfahrtslasten entstandene Defizit zu verringern. Außerdem verbleiben den Gemeinden die 60 Millionen Mark aus der aufgehobenen Erstattung von Lohnsteuerbeträgen.

## Fürstenabfindung und Volksnot

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei hat für den Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dessen Begründung es heißt: „Die Verpflichtungen, die aus dem Abfindungsvertrag zwischen dem preussischen Staat und den Mitgliedern des früheren Königshauses erwachsen, sind durch die Not des deutschen Volkes überholt worden. Eine Neuregelung ist deshalb mit allen Mitteln anzustreben. Die allgemeinen Gehalts- und Pensionsfürsorgen sollen auch auf die Verformten der ehemaligen Fürsten und ihrer Ehefrauen und Hofamtsbeamten ausgedehnt werden.“

## Der Völkerbund in Verlegenheit

Das Präsidium der Völkerbundsversammlung hat beschlossen, die Tagung der Vollversammlung am Dienstag abzuschließen. Diese Hinauszögerung des Abschlusses ist auf die großen Schwierigkeiten zurückzuführen, die noch in der Frage des Rüstungswaffenstillstandes bestehen. Es sind jetzt Bestrebungen im Gange, eine Einigung in der Richtung herbeizuführen, daß der Völkerbundrat an sämtliche Mächte innerhalb und außerhalb des Völkerbundes die Aufforderung richtet, bis zum 1. November eine Erklärung abzugeben, nach der sie sich für die Dauer eines Jahres verpflichten, ihre Rüstungen in keiner Weise zu erhöhen.

## China lehnt ab

Nach einer Meldung aus Nanking befristete sich das chinesische Kabinett unter dem Vorsitz Chiangkai-scheks mit der Vorsehung der Reichsbank. Der Außenminister erwiderte Bericht über die Stellungnahme des Völkerbundes zu dem japanisch-chinesischen Streit und übermittelte dem japanischen Vorkläger zur Bildung eines gemischten sino-japanischen Ausschusses zur Vermeidung des Streites. Das chinesische Kabinett beschloß einstimmig, den japanischen Vorschlag abzulehnen.

## Wettervorhersage

Zeitweise lebhafte Winde, hauptsächlich aus West bis Nord. Reich stark bewölkt. Temperaturverhältnisse wenig geändert, zeitweise Niederschläge.